

Die NEW YORK TIMES, die sonst sehr wohlwollend über Israel berichtet, druckt in ihrem Artikel über die Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats zu dem Überfall auf die Gaza-Hilfsflotte sehr israel-kritische Äußerungen verschiedener UN-Botschafter ab, über die sich unsere Medien wieder einmal ausschweigen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 146/10 – 02.06.10

UN-Sicherheitsrat verurteilt "Handlungen" bei dem israelischen Überfall

Von Neil MacFarquhar und Alan Cowell

THE NEW YORK TIMES, 01.06.10

(<http://www.nytimes.com/2010/06/02/world/middleeast/02nations.html>)

VEREINTE NATIONEN – Nach mehrstündigen Verhandlungen hat der UN-Sicherheitsrat am Dienstagmorgen "Handlungen" verurteilt, die bei dem israelischen Angriff auf eine Hilfsflotte, welche die Blockade Gazas durchbrechen wollte, zum Tod von neun Zivilisten führten. (Die Erklärung des UN-Sicherheitsrats ist aufzurufen unter <http://www.un.org/News/Press/docs/2010/sc9940.doc.htm> .)

In einer formellen Erklärung, die weniger deutlich ausfiel, als es Palästinenser, Araber und die Türkei wollten, forderte der Rat auch eine unabhängige Untersuchung der Konfrontation.

In der Erklärung wird auch verlangt, dass die bei dem Überfall am Montag gekaperten Schiffe zusammen mit den in Israel festgehaltenen Passagieren wieder freigegeben werden.

"Der Sicherheitsrat bedauert zutiefst, dass es durch die Gewaltanwendung während der in internationalen Gewässern durchgeführten israelischen Militäroperation gegen einen Richtung Gaza fahrenden Schiffskonvoi Tote und Verletzt gab," heißt es in der Erklärung, in der das aus 15 Mitgliedern bestehende Gremium "in diesem Zusammenhang auch die Handlungen verurteilt, die den Verlust von Leben verursachten".

Die Formulierung wurde wohl gewählt, um die geforderte einseitigen Verurteilung Israels abzuschwächen; Israel behauptet, seine Soldaten hätten nur in Selbstverteidigung gehandelt – als Reaktion auf den heftigen Widerstand, den die Passagiere bei der Kaperung der Schiffe leisteten. Nach dem Überfall setzte Israel Hunderte von Aktivisten und die Schiffe fest.

"Der Sicherheitsrat verlangt die sofortige Freigabe der Schiffe und der in Israel festgehaltenen Zivilisten," heißt es in der Erklärung der Vereinten Nationen, die auch "eine schnelle, unabhängige, glaubwürdige und transparente Untersuchung" fordert, "die internationalen Standards entspricht".

In der Erklärung wird auch festgestellt, dass "die durch die israelische Blockade entstandene Situation in Gaza nicht hinnehmbar" sei; außerdem müssten ein "anhaltender, regelmäßiger Strom von Gütern und Menschen nach Gaza" und "eine ungehinderte Anlieferung und Verteilung von humanitären Hilfsgütern in Gaza" möglich sein.

Bezugnehmend auf den seit langem andauernden Konflikt zwischen den Palästinensern und den Israelis erneuerte der Sicherheitsrat seine Forderung nach einer Zwei-Staaten-Lösung und beklagte, dass der Überfall auf der Hilfsflotte "stattfand, während die USA versuchten, 'Annäherungsgespräche' in Gang zu bringen".

Vorher hatte die Türkei als inoffizieller Förderer des Konvois eine Erklärung gefordert, in der Israel wegen der Verletzung des Völkerrechts verurteilt werden sollte; außerdem hatte sie eine Untersuchung der Vereinten Nationen, die Strafverfolgung der für den Überfall Verantwortlichen, eine Entschädigung für die Opfer und die Beendigung der Blockade verlangt.

Die Obama-Regierung weigerte sich aber, einer Erklärung zuzustimmen, in der nur Israel verurteilt wurde, und hat stattdessen eine allgemeine Verurteilung der Gewalt vorgeschlagen, die auch die Angriffe der Passagiere auf die Enterkommandos einbezog.

In einem Streit zwischen den USA und der Türkei, der von Montagnacht bis in den frühen Dienstagmorgen dauerte, einigten sich die beiden Staaten auf gemeinsame Formulierungen und darauf, die Untersuchung von Unbeteiligten durchführen zu lassen.

Obwohl der Sicherheitsrat Israel schon öfter verurteilt hat, sprengte die in der Sondersitzung besonders von der Türkei und dem Libanon vorgetragene heftige Kritik den sonst üblichen Rahmen; außerdem waren sich bemerkenswert viele Länder darin einig, dass in einer unabhängigen Untersuchung festgestellt werden müsse, wer den Befehl gegeben hat, auf Zivilisten zu schießen, die sich nach ihren Angaben an einer humanitären Aktion beteiligt hätten.

Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu, dessen Land einmal sehr enge Beziehungen zu Israel unterhielt, die sich seit dem israelischen Überfall auf Gaza Anfang 2009 deutlich verschlechtert haben, setzte den Angriff mit "Banditentum und Piraterie" gleich und sprach von "staatlich angeordnetem Mord".

Er gab zu bedenken, dass die Schiffe nur Güter wie Geräte für einen Kinderspielplatz, Medikamente zur Krebsbehandlung und Milchpulver geladen hatten; außerdem müssten die Israelis aus der Geschichte der Juden doch besser als andere "die Gefahren und die Unmenschlichkeit von Ghettos kennen, zu denen auch das belagerte Gaza" gehöre.

Gerard Araud, der französische Botschafter, stellte fest, die Anzahl der Todesopfer zeige "einen unverhältnismäßigen Einsatz und ein Ausmaß an Gewalt, das nicht zu rechtfertigen und deshalb zu verurteilen" sei.

Nawaf Salam, der libanesische Botschafter, erklärte, sogar das Kriegsrecht gestatte die Gewährung humanitärer Hilfe.

Mehrere Gesandte stellten fest, Israel habe auch deshalb gegen das Völkerrecht verstoßen, weil es in der Resolution 1860 des Sicherheitsrats, die während des Gaza-Kriegs im Januar 2009 verabschiedet wurde, aufgefordert worden war, die Blockade des Gaza-Streifens zu beenden und die ungehinderte Anlieferung humanitärer Hilfsgüter zu erlauben. Daneben forderten die Diplomaten sofortigen Zugang zu Passagieren aus ihren Staaten; unter den 600 bis 700 Menschen auf den sechs Schiffen befinden sich Angehörige 32 verschiedener Länder. Israel hat alle sechs Schiffe aufgebracht und in einen (israelischen) Hafen verschleppt.

Die USA, die Israel im Sicherheitsrat gewohnheitsmäßig verteidigen, nannten den Versuch, die Seeblockade (mit Hilfsschiffen) zu durchbrechen, ein schlechte Entscheidung.

"Die direkte Versorgung auf dem Seeweg ist weder angemessen, noch zu verantworten und unter diesen Umständen sicher nicht effektiv," äußerte Alejandro Wolff, der Stellvertreter des ständigen Botschafters der USA. Aber auch er nannte die Situation in Gaza "unhaltbar" und forderte Israel auf, eine glaubwürdige Untersuchung (des Überfalls) durchzuführen. **Daniel Carmon, der stellvertretende Botschafter Israels, verspottete die Behauptung, bei den Schiffen habe es sich um einen humanitären Konvoi gehandelt, da Israel bereit gewesen sei, die Hilfsgüter über Land nach Gaza auszuliefern; er erklärte, die Soldaten der israelischen Enterkommandos hätten in Selbstverteidigung gehandelt, weil sie mit "lebensbedrohlichen Gegenständen angegriffen wurden – mit Messern, Stöcken, Deckstühlen und anderen Waffen"; es sei sogar auf sie geschossen worden.**

Er behauptete, die Organisatoren der Hilfsflotte hätten Verbindungen zu verschiedenen Terrororganisationen, der türkische Außenminister bezeichnete diese Äußerung als Lüge.

Die International Crisis Group, eine gemeinnützige Organisation, die sich um die Schlichtung von Konflikten bemüht, verurteilte in einer Erklärung den israelischen Angriff, bezeichnete ihn aber als Ergebnis einer Politik, die Israel nicht allein zu verantworten habe. Mitschuld trügen alle Länder, die versuchten, die Hamas-Regierung, die den Gaza Streifen kontrolliert, zu isolieren und die Bevölkerung (des Gaza-Streifens) gegen sie aufzubringen (s. <http://www.crisisgroup.org/en/publication-type/media-releases/2010/flotilla-attack-the-deadly-symptom-of-a-failed-policy.aspx>).

Neil MacFarquhar berichtete aus der UNO und Alan Cowell aus London.

(Wir haben den erstaunlichen Artikel komplett übersetzt und mit Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

June 1, 2010

U.N. Security Council Condemns 'Acts' in Israeli Raid

By NEIL MacFARQUHAR and ALAN COWELL

UNITED NATIONS — After hours of negotiations, the United Nations Security Council early on Tuesday condemned "acts" resulting in the deaths of nine civilians in Israel's attack on an aid flotilla trying to breach the Gaza blockade.

In a formal statement that seemed less forceful than what had been demanded by Palestinians, Arabs and Turkey, the council also demanded an impartial investigation into the confrontation.

The statement also urged that aid ships seized in the raid on Monday be released along with civilians held by Israel.

"The Security Council deeply regrets the loss of life and injuries resulting from the use of force during the Israeli military operation in international waters against the convoy sailing to Gaza," the statement said, adding that the 15-member body "in this context, condemns

those acts which resulted in the loss” of lives.

The wording seemed designed to dilute demands for condemnation exclusively of Israel, which argues that its soldiers acted in self-defense in response to violent resistance to their interception of the vessels from passengers on board. After the raid, Israel seized hundreds of activists as well as the ships.

“The Security Council requests the immediate release of the ships as well as the civilians held by Israel,” the United Nations statement said, calling for “a prompt, impartial, credible and transparent investigation conforming to international standards.”

It also said the situation in Gaza, under blockade by Israel, was “not sustainable” and called for a “sustained and regular flow of goods and people to Gaza, as well as unimpeded provision and distribution of humanitarian assistance throughout Gaza.”

On the broader Palestinian-Israeli confrontation, the Security Council renewed calls for a two-state solution and voiced concern that the raid on the flotilla took place while United States-sponsored so-called “proximity talks” were under way.

Earlier, Turkey — the unofficial sponsor of the convoy — had proposed a statement that would have condemned Israel for violating international law and demanded a United Nations investigation, the prosecution of those responsible for the raid and compensation for the victims. It also called for the end of the blockade.

But the Obama administration refused to endorse a statement that singled out Israel, and it proposed a broader condemnation of the violence that would include the assault by passengers of the Israeli commandos as they landed on the deck of the ship.

As the wrangling continued late Monday night and in the early hours Tuesday, the two countries were trying to work out their differences on the wording, including whether to specify that the investigation should be conducted by outsiders, diplomats said.

While condemnation of Israel in the Security Council is not uncommon, the criticism at the emergency session called by Turkey and Lebanon was notable for both its vehemence and for the broad array of countries demanding an independent investigation into the decision to fire on civilians in what they described as a humanitarian mission.

Foreign Minister Ahmet Davutoglu of Turkey, whose country’s once close relations with Israel have deteriorated markedly since Israel’s invasion of Gaza in 2009, called the attack “tantamount to banditry and piracy; it is murder conducted by a state.”

Noting that the ships were carrying items such as a playground equipment, cancer medicine and milk powder, he said that given the history of the Jews the Israelis should be more conscious than others of “the dangers and inhumanity of ghettos as the one we currently witness in occupied Gaza.”

Gerard Araud, the French ambassador, said the death toll indicated “there was disproportionate use of force and a level of violence which nothing justifies and which we condemn.”

Nawaf Salam, the Lebanese ambassador, said even the laws of war require the delivery of humanitarian aid.

Several envoys said Israel was in violation of international law, not least because Security

Council resolution 1860, passed in January 2009 during the Gaza war, had called for ending the blockade and opening unfettered access to humanitarian assistance throughout the strip. The diplomats also demanded immediate access to their citizens, with some 32 different nationalities among the estimated 600 to 700 people on the flotilla. Israel seized all six ships and forced them into port.

The United States, which habitually defends Israel in the council, said that the attempt to run the blockade by sea was ill advised.

“Direct delivery by sea is neither appropriate nor responsible, and certainly not effective, under the circumstances,” said Alejandro Wolff, the deputy permanent representative of the United States. But he also described the situation in Gaza as “unsustainable” and called on Israel to undertake a credible investigation. Daniel Carmon, the deputy Israeli ambassador, scoffed at the idea that the ships were a humanitarian convoy — Israel had offered to bring the goods into Gaza over land — and said Israeli commandos acted in self-defense after being attacked with “life threatening means; live ammunition, knives, clubs, deck furniture and others types of weaponry.”

He described the organizers as linked to a variety of Islamic terrorist organizations, which the Turkish foreign minister called a lie.

The International Crisis Group, a nonprofit organization which seeks to end conflicts, issued a statement condemning the attack but noted that it was an outcome of the failed policy of many countries, not just Israel, in trying to isolate the Hamas government which controls the Gaza strip and thus turn the population against it.

Neil MacFarquhar reported from the United Nations, and Alan Cowell from London.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern